

DIESE GRÜNEN!



IKEA IN WUPPERTAL

■ DIE KRÖTE HOMEPARK IST ZU DICK

Um ein attraktives Möbelhaus nach Wuppertal zu holen, hat sich die Stadtspitze mächtig ins Zeug gelegt, damit die baurechtliche Genehmigung noch vor einem rechtsgültigen Landesentwicklungsplan (LEP NRW) erfolgen kann. Doch die Kröte ist anscheinend zu dick. Die Staatskanzlei des Landes NRW hat die Weiterführung der Planung für die nächsten 17 Monate untersagt.

Kernpunkt des LEP NRW ist die Stärkung der Zentren, um die Innenstadt als zentralen Ort der „Versorgung“ zu erhalten. Eine Innenstadt, die zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr gut zu erreichen ist. Das

neue Einzelhandelszentrum im äußersten Norden von Wuppertal würde mit dem im Bebauungsplan aufgelisteten Einzelhandel-Sortiment den Händlern in den umliegenden Innenstadtzentren zu viel Umsatz wegnehmen und damit langfristig zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine verödete Innenstadt mit großem Leerstand und einigen Spielhallen oder Billiganbietern wäre das unerwünschte Ergebnis.

Die geplante Verkaufsfläche des IKEA-Homeparks von 45.000 m² entspricht der gesamten Verkaufsfläche in der Barmer Innenstadt. Im jetzt gestoppten Bebauungsplan sind neben den 25.110 m² Möbel folgende Einzelhandelsangebote geplant:

Sortiment	qm/Verkaufsfläche
Zoologischer Bedarf z. B. Fressnapf	2.500
Sportgroßgeräte/Campingartikel/Angel- und Reitsportbedarf	2.200
Sportartikel z. B. Decathlon	1.800
IKEA Haushaltswaren/Glas/Porzellan/Keramik/Kunst	2.190
Motorradzubehör z. B. POLO/Louis	2.000
Fahrräder/-zubehör	1.600
Elektrowaren	1.455
IKEA Heimtextilien	1.000
REWE Lebensmittel	965
Babybedarf	600
IKEA Pflanzen	450
IKEA Aufbewahrung	400
IKEA Bodenbeläge	375
IKEA Farben, Lacke	300
IKEA Baumarktartikel	270
IKEA Sanitärwaren	175



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr beschäftigen wir uns auch mit Themen, die unter die Haut gehen, wie zum Beispiel die Ansiedlung einer forensischen Klinik. Wir sind froh, dass die Kirchen das Angebot gemacht haben, die weiteren Gespräche zu moderieren. Davon erhoffen wir uns eine sachlichere Auseinandersetzung auch von Seiten der Politik mit diesem für alle schwierigen Thema.

Ein weiteres schwergewichtiges Thema: Die Landesregierung hat mit einer „Unterlassungsverfügung“ auf die konkrete Planung von IKEA mit Homepark-Zentrum reagiert und damit die Umsetzung für lange Zeit auf Eis gelegt.

Über diese und weitere wichtige Themen informieren wir Sie in dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung und wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam



Foto: Jörg Lange

Ob die Klage der Stadt gegen die Unterlassung erfolgreich ist oder die Stadtspitze mit der Staatskanzlei weiter verhandelt und einen neuen Bebauungsplan mit verkleinertem Sortiment aufstellt, muss die Zukunft zeigen. Die Auswirkungen durch die Homepark-Ansiedlung auf Umwelt und Verkehr sind ebenfalls gravierend. Der zu erwartende zusätzliche Autoverkehr von mehr als 24.000 Autos pro Tag auf der Schmiedestraße droht einen Verkehrskollaps auszulösen und führt zu hoher Luft- und Lärmbelastung für die AnwohnerInnen. Und nicht zuletzt wird eine größere Waldfläche im Landschaftsschutzgebiet abgeholzt und damit ein weiterer Lebensraum für Tiere und Pflanzen zerstört. Wuppertal braucht ein Möbelhaus auf einer geeigneten, innenstadtnahen Fläche. Was nicht gebraucht wird, ist ein zusätzliches Einzelhandelszentrum auf der grünen Wiese, das die Interessen von IKEA über die Interessen der Gesamtstadt stellt.

FORENSIK-PLANUNG

■ EIN THEMA BEHERRSCHT DIE STADT

Am 23. Oktober gab Gesundheitsministerin Steffens die fünf neuen Standorte für forensische Kliniken in NRW bekannt. Wuppertal gehörte dazu und seitdem beherrscht das Thema die Stadt.

Für uns GRÜNE ist klar: Es werden dringend zusätzliche Plätze im Maßregelvollzug gebraucht, denn die Zahl straffällig gewordener psychisch Kranker und Suchtkranker ist in den vergangenen zehn Jahren drastisch angestiegen. 150 neue Plätze sollen den Bedarf für den Landgerichtsbezirk Wuppertal decken. Wir stellen uns der Verantwortung, auch in Wuppertal einen angemessenen Standort zu suchen und zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es sowohl um den Schutz der Bevölkerung vor Straftaten als auch um die Therapie kranker Menschen. Das Sankt-Florians-Prinzip hilft hier nicht weiter und parteipolitische Spielchen

sind ebenfalls fehl am Platze. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine solche Entscheidung starke Emotionen hervorruft. Gerade deshalb bedarf es einer sachorientierten Diskussion. Diese kann nur geführt werden, wenn das Gesundheitsministerium und die Stadt Wuppertal Politik und Bevölkerung umfassend und transparent über das Thema Forensik informieren.

Keine Alleingänge

Auch wenn die Entscheidung für den Standort an der Müngstener Straße letztendlich alle überrascht hat, so kam sie doch nicht völlig unerwartet. Das Gesundheitsministerium hat bereits im September 2011 den Kommunen in den betroffenen Landgerichtsbezirken die Gelegenheit gegeben, geeignete Standorte für die Errichtung einer Forensik zu benennen. Oberbürgermeister Peter Jung

benannte allerdings – ohne sich im Vorfeld mit allen Ratsfraktionen abzustimmen – keinen geeigneten Standort und verwies auf andere Kommunen im Landgerichtsbezirk.

Jetzt die Kleine Höhe als Alternativstandort vorzuschlagen, war ebenfalls ein Alleingang, der die Menschen gleich in zwei Stadtbezirken und darüber hinaus noch in unserer Nachbarstadt Velbert in Aufregung versetzt hat. Sowohl für Lichtscheid als auch für die Kleine Höhe gibt es gravierende Punkte, die gegen eine Forensik an diesen Standorten sprechen. Wir hätten uns deshalb ein mit allen Fraktionen und ggf. auch den Nachbarkommunen abgestimmtes, sachliches und besonnenes Vorgehen gewünscht – gemeinsam ließe sich vielleicht eine verträglichere Lösung finden. Dabei dürfen ausschließlich die gemeinsam verabschiedeten Kriterien des Landes

NRW für Forensik-Standorte zugrunde gelegt werden, die mit allen Fraktionen im Landtag abgestimmt wurden.

Die im Rat der Stadt am 12. November verabschiedete Resolution schließt einseitig die Müngstener Straße als Standort aus. Die GRÜNE Fraktion konnte dieser Vorlage deshalb nicht zustimmen, weil wir AUCH die Kleine Höhe für ungeeignet halten. Seit mehr als 25 Jahren haben wir uns gegen eine Bebauung dort ausgesprochen und werden dies auch weiterhin tun.

Für konstruktive Gespräche über einen geeigneteren Standort sind wir aber offen. Dabei setzen wir auch auf das Angebot der Kirchen, einen Gesprächsraum hierfür zu schaffen. Offen bleibt dabei allerdings die Frage, warum die Zahlen psychisch erkrankter und suchtkranker Menschen ansteigt. Auch damit werden wir GRÜNE uns in Zukunft weiter beschäftigen müssen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Kürzungen bei den Bussen

Seite 3
Das Bergische Land wird 100% erneuerbar!

Seite 4
Aktiv gegen Rechtsextremismus

Seite 5
Quo vadis, Schauspiel?



KÜRZUNGEN BEI DEN BUSSEN

■ DARF`S EIN BISSCHEN WENIGER SEIN?

Nach und nach erkennen immer mehr WuppertalerInnen, welche konkreten Auswirkungen die sogenannten Leistungsanpassungen bei den Bussen in Wuppertal haben werden. Im September und Oktober haben sich viele Bürgerinnen und Bürger an die Stadt und die Wuppertaler Stadtwerke gewandt, um gegen die geplanten Kürzungen zu protestieren. Jetzt hat der Hauptausschuss am 7. November mit den Stimmen der großen Kooperation aus SPD und CDU beschlossen, diesen Bürgeranträgen nicht zu entsprechen. Sechs BürgerInnenanträge wurden dort „behandelt“, d.h. die AntragstellerInnen konnten ihre Anregungen und ihre Kritik vortragen und stellten damit auch die Meinung von weit über 1000 UnterzeichnerInnen dar. Dabei wurde deutlich, dass die Bandbreite der Betroffenen groß ist. Es ging nicht darum, sich einfach nur gegen Kürzungen zu stellen, sondern die konkreten Auswirkungen wurden benannt: Weniger Busse bedeuten weniger Möglichkeiten für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen und Familien mit Kinderwagen mobil zu bleiben. Busse in den Abendstunden bieten die Möglichkeit, auch im Dunkeln sicher nach Hause zu gelangen. Verän-

derte und gekürzte Linien schränken diese Sicherheit für einige Menschen ein. An anderer Stelle zeigte sich, dass soziale Kontakte bei einem verringerten Angebot weniger gepflegt werden können. Ob die BewohnerInnen vom Eckbusch, aus Vohwinkel, aus Ronsdorf, aus Beyenburg oder die Studierenden der Universität – quer durch die Stadtbezirke geht der Protest gegen die Kürzungen. Dabei wurden von Seiten der BürgerInnen auch konkrete Vorschläge gemacht, wie eventuelle Anpassungen anders gestaltet werden können, um die Auswirkungen weniger drastisch ausfallen zu lassen. Auch wenn die WSW mobil zu Gesprächen bereit war und mit den BürgerInnen in den Dialog trat, ist doch deutlich geworden, dass jetzt erst einmal die von CDU und SPD beschlossenen Kürzungen ohne Änderungen umgesetzt werden. Im März 2013 wird der neue abgespeckte Fahrplan gültig. Die BürgerInnen wurden damit getröstet, dass man ja dann mal schauen könne, ob alles glatt geht. Vielleicht könne man dann ja nachsteuern. Wir sind gespannt, wie das funktionieren soll, denn schließlich ist mit der Streichung der Linien auch eine Verringerung des Personals verbunden.

Wir bitten alle Abonentinnen und Abonnenten um Email an fraktion@gruene-wuppertal.de, damit Sie auch weiterhin, zukünftig jedoch per Email, DIESE GRÜNEN nach Hause bekommen. Dies gilt natürlich auch für alle neuen Interessentinnen und Interessenten.



AUS POST-ABO WIRD EMAIL-ABO

Zeitung lesen und trotzdem Ressourcen schonen

Das haben wir uns vorgenommen und wandeln deshalb unseren postalischen Versand in einen Email-Versand um, den postalischen Versand stellen wir ab Anfang 2013 ein.

SOZIALTICKET KOMMT 2013 – ENDLICH

■ FINANZIERUNG DURCH ROT-GRÜNE LANDESREGIERUNG REICHT AUS

Vor einem Jahr noch stemmten sich CDU und SPD in Wuppertal mit aller Macht gegen die Einführung des Sozialtickets. Groß war ihre Sorge, dass die Landesfinanzierung nicht ausreichen würde. Das ist jetzt Schnee von gestern. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) hat nun beschlossen, dass SozialTicket flächendeckend einzuführen. Auch in Wuppertal können zum neuen Jahr Berechtigte zum günstigen Preis von 29,90 Euro/monatlich das Ticket (ähnlich dem Ticket1000) erwerben. Die GRÜNEN haben dafür gekämpft, dass Menschen mit geringen Einkünften umweltfreundlich und klimaschonend mobil sein können. Die in 2011 als Schreckgespenst an die



Wand gemalten Verluste von bis zu 50 Mio. Euro jährlich im VRR-Gebiet haben sich nicht bewahrheitet. Wie jetzt die Evaluierung im Pilotraum für 2011 und 2012 zeigt, standen sogenannte Wanderungsverluste durch Tarifwechsel in Höhe von 8,2 Mio. Euro Einnahmen aus dem Verkauf des Sozialtickets in Höhe von 13,2 Mio. Euro gegenüber. Darüber hinaus setzen sich die GRÜNEN dafür ein, dass zukünftig das Sozialticket ausgeweitet wird auf alle Preisstufen und Tarifsegmente und innerhalb der Bedarfsgemeinschaften mit einem geringen Aufpreis übertragbar sein kann. Auch ein günstigerer Abo-Preis soll möglich werden.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS

■ SPAREN SIE ENERGIE UND DAMIT GELD BEI DER RAUMHEIZUNG



Foto: © Henrik Gerold Vogel, Pixelio.de

Die meiste Energie (50 – 80%) im Haushalt wird durch die Heizung verbraucht, da kann ordentlich gespart werden. Blockieren Sie die Heizkörper nicht durch größere Möbel oder Verkleidungen, damit der Raum gleichmäßig beheizt werden kann. Eine Temperatur von 20 °C im Wohnbereich reicht aus. Jedes Grad weniger spart ca. 6% an Heizenergie. Senken Sie bei Abwesenheit und Nachts die Temperatur um bis zu 3 °C ab; vor dem Schlafengehen können Sie die Temperatur schon 1 - 2 Stunden vorher senken. Schließen Sie die Türen zu kühleren Räumen, damit die Wärme länger erhalten bleibt.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

GASTKOMMENTAR: WUPPERTALER NETZWERK FÜR ALLEINERZIEHENDE

■ VON MONIKA BISKOPING, PÄDAGOGISCHE LEITERIN DER BERGISCHEN VOLKSHOCHSCHULE

Schon beim Auftaktplenum zur Gründung des Wuppertaler Netzwerkes für Alleinerziehende im Herbst 2011 war allen Beteiligten klar: Hier steht eine große, wichtige Aufgabe zur Lösung an. Immerhin gibt es in Wuppertal über 8.000 Alleinerziehende (darunter rd. 800 Männer), von denen die Hälfte im Bezug von Sozialleistungen stehen, sprich denen es nicht oder nur teilweise gelingt, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu sichern.

Vorausgegangen war eine Ausschreibung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Gründung derartiger Netzwerke mit dem Ziel, Unterstützungsangebote für Alleinerziehende aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln. Die Bergische VHS konnte für die Arbeit vor Ort dieses Projekt nach Wuppertal holen.

Wer macht mit?

Natürlich sind alle städtischen Einrichtungen, die mit Alleinerziehenden zu tun haben im Boot, eine sehr aktive Rolle nimmt das Jobcenter ein, unterstützt und begleitet von den Erfahrungen und Erkenntnissen vieler Ein-



Foto: Mathias Kehren

richtungen und Bildungsträger, die mit Alleinerziehenden arbeiten.

Was wurde bisher gemacht?

Das Kernstück war die Erarbeitung und Darstellung eines Prozesses, den Alleinerziehende durchlaufen müssen, wenn sie umfassend und kompetent Hilfe erhalten wollen. Hier wurde allen Beteiligten deutlich, wie oft doppelt

und dreifach Wege erforderlich sind. Hier haben die Mitglieder des Facharbeitskreises einen Kompass erarbeitet, der der Ratsuchenden, aber auch den Beratenden zeigt, was schon gemacht wurde und was noch zu tun ist.

Das zweite Kernstück war die Durchführung einer Umfrage unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters an alle Wuppertaler Alleinerziehenden, um die wirklichen Bedarfe kennenzulernen. Der Rücklauf übertraf die Erwartungen (18% der Fragebögen kamen zurück).

Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen, aber eine wichtige Erkenntnis ist, dass in erster Linie im schulischen Bereich, auch und gerade in der Sekundarstufe I, Ganztagsangebote fehlen. Dies gilt auch für die sogenannten Randzeiten bei der U und Ü 3 Betreuung. Und die Ferienzeiten. Hier sind gerade Berufe betroffen, in denen viele Frauen arbeiten.

Bisher sind verschiedene Produkte entwickelt bzw. sind in der Entwicklung:

- Optimierung bei der Lösung von verschiedenen Bedarfslagen
- Impulssetzung für die Verbesserung

der Kinderbetreuung

- Entwicklung von Standards bei Maßnahmen des Jobcenters
- Intensivierung der Kooperation unterschiedlicher Einrichtungen
- Aufbau einer Internetseite
- Durchführung von Workshops zu Themen wie „Stadt der kurzen Wege“
- Entwicklung eines Gütesiegelnetzes für Institutionen, die Alleinerziehende beraten.

Und die Zukunft?

Ende März 2013 wird das Projekt beendet sein. Die Strukturen und die Zusammenarbeit haben sich schon so gefestigt, dass davon auszugehen ist, dass die Arbeit fortgeführt wird. Zwischen der Stadt Wuppertal und dem Jobcenter wird an einem Kooperationsvertrag gearbeitet, durch den sichergestellt wird, dass die Arbeit auch durch hauptamtliches Personal fortgeführt werden kann.

Eine wichtige Erkenntnis kann man schon heute benennen: Alles was für Alleinerziehende gemacht wird, nützt allen Familien mit Kindern.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de

Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Martin Möller, Hermann Ott, Marc Schulz, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Udo Schramm

Gastkommentare:

Monika Biskoping, pädagogische Leiterin der Bergischen Volkshochschule

Jürgen Lemmer, Leiter des städtischen Ressorts Zuwanderung und Integration

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Druck:

talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Auflage: 42.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; bioSophie, Sophienstr. 26

Die Abgabe ist kostenlos!

DAS BERGISCHE LAND WIRD 100% ERNEUERBAR!

ANZEIGE

■ DR. HERMANN E. OTT – GRÜNER BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR WUPPERTAL

Nach mehr als einem Jahr Vorarbeit haben am 02. November 2012 sechzehn Abgeordnete unserer Region die „Bergische Erklärung“ unterzeichnet. Damit haben mehr als die Hälfte aller Abgeordneten (insgesamt 31) aus dem Landtag NRW und aus dem Bundestag das politische Signal für eine 100% Erneuerbare Energie Region Bergisches Land gegeben. Mit dabei sind Abgeordnete von CDU, SPD und uns GRÜNEN. Ihnen möchte ich herzlich danken!

Eine Vision wird Wirklichkeit

Im Jahre 2009, zu Beginn meines Mandats als Bundestagsabgeordneter, hatte ich für das Bergische Land eine zentrale Vision formuliert: Wir wollen eine 100% Erneuerbare Energie Region werden! Ein erstes Ergebnis war der Bergische Kongress „hundertprozentig.ERNEUERBAR“. Er wurde zusammen mit dem Energie-Arbeitskreis aller Bergischen GRÜNEN („Bergisch Energisch“) konzipiert und 2011 mit der Bergischen Universität Wuppertal, der Bergischen Entwicklungsagentur, dem Wuppertal Institut, der EnergieAgen-



tur NRW, dem Wuppertalverband und der Kreishandwerkerschaft Wuppertal aufs Gleis gesetzt, der zweite Kongress folgte im Juni 2012. Erste Schritte zu unserem GRÜNEN Ziel, die Energiewende im Bergischen auf regionaler Ebene zu stemmen! Doch um wirklich gesellschaftlich wirksam zu werden braucht es ein überparteiliches Signal von politischen Ebene – das ist die Lehre aus den insgesamt sechundsiebzig 100% Erneuerbare Energie Regionen in Deutschland. Diese Erkennt-

nis hat nun am 02. November im Haus Müngsten zur Unterzeichnung der Bergischen Erklärung geführt, die Prof. Uwe Schneidewind, der Präsident des Wuppertal Instituts, eine „historische Chance für unsere Region“ nannte.

Die Energiewende funktioniert nur, wenn alle mitmachen

Gemeinsam teilen wir Unterzeichnenden die Überzeugung, dass es nicht mehr um das OB sondern „nur“ noch um das WIE der Energiewende hin zu 100% Erneuerbaren geht. Und wir wissen: Die Energiewende ist nur zu schaffen, wenn Städte und ländliche Regionen auf Augenhöhe zusammen arbeiten. Wir brauchen die Vollversorgung mit 100% Erneuerbarer Energie nicht nur zur Bekämpfung des Klimawandels und nicht nur um uns von den immer teureren fossilen Energien unabhängig zu machen. Wir brauchen sie auch um die grünen Jobs in das Bergische Land zu holen – nur Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien sind wirklich sicher. Und eine Spitzenposition des Bergischen Landes in NRW wird auch ökonomisch nicht unerheb-

lich sein, wenn es um Fördermittel, neue Unternehmensansiedlungen und Standortvorteile geht. Hier müssen die Parteien, aber auch die Verbände und Organisationen der Region an einem Strang ziehen: IHK, Stadtwerke, Wohlfahrtsverbände, Verwaltungen u.v.a.m.

Die Region rückt näher zusammen

Noch nie haben sich im Bergischen Land Landtags- und Bundestagsabgeordnete aller Parteien zu einer solchen Konferenz und Erklärung getroffen. Meist stehen zudem die drei Bergischen großen Städte im Fokus. Vergessen wird oft, dass das Bergische Land auch aus dem Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Kreis Mettmann besteht. Ich bin überzeugt: Die Konzentration auf das Ziel, eine 100% Erneuerbare Energie Region zu werden, wird ganz ungeahnte Kräfte wecken und die Region zusammenschweißen.

Wie es weiter geht

Nun wollen wir den Kreis der Unterstützerinnen und Unterstützer vergrößern. Wir wollen nicht nur die weiteren

Bundes- und Landtagsabgeordneten überzeugen sondern auch anderen Personen, Unternehmen und Institutionen aus dem bergischen Land die Möglichkeit geben, die Erklärung zu unterzeichnen. Ich werde gemeinsam mit den GRÜNEN KollegInnen vom AK Bergisch Energisch weitere Schritte unternehmen und weitere Maßnahmen anstoßen – bis unser Ziel erreicht ist!

Alle GRÜNEN in Stadt und Land (sowie alle Bürgerinnen und Bürger!) lade ich dazu ein, sich für die 100% Region Bergisches Land stark zu machen, mitzumachen. Loben Sie die Unterzeichnenden – und halten Sie ein Auge drauf, ob sie ihren Worten auch Taten folgen lassen. Und falls Sie den Namen Ihrer Abgeordneten nicht auf der Erklärung entdecken – fordern Sie zur Unterzeichnung auf! Es ist nie zu spät – und wir brauchen alle, um unser Ziel zu erreichen.

Ein guter Anfang ist gemacht – für eine zukunftssichere Energieversorgung und für einen nachhaltigen Strukturwandel im Bergischen Land!

BERGISCHE ERKLÄRUNG

HUNDERTPROZENTIG ERNEUERBAR – GEMEINSAM DIE BERGISCHE ENERGIEWENDE GESTALTEN

Wir Unterzeichnenden, Landtags- und Bundestagsabgeordnete aus dem Bergischen Land, sprechen uns für eine „100% Erneuerbare Energie Region Bergisches Land“ aus.

WIR

- stehen in der Verantwortung, im Interesse jetziger und zukünftiger Generationen eine zukunftsfähige Energieversorgung sicherzustellen, die sowohl dem drohenden Klimawandel Rechnung trägt als auch die knapper werdenden fossilen Ressourcen berücksichtigt;
- sind davon überzeugt, dass die Energiewende nur dann erfolgreich sein wird, wenn die Menschen dahinter stehen: deshalb kann und muss die Energiewende so sozial verträglich ausgestaltet werden, dass Privathaushalte mit kleinen Einkommen die Kosten verkraften und Wirtschaftsunternehmen die Arbeitsplätze erhalten können;
- sind davon überzeugt, dass im Bergischen Land mittel- bis langfristig eine regionale Energie-Versorgung erstrebenswert und möglich ist, die ausschließlich regenerative Energien, Einsparpotenziale und Effizienzsteigerungen nutzt;
- sind uns bewusst, dass das 100%-Ziel für Erneuerbare Energien nicht bedeutet dass jede Kilowattstunde auch im Bergischen Land erzeugt werden muss solange die Bilanz stimmt – bergische Energieversorger sollten sich auch außerhalb des Bergischen Landes an der Energieerzeugung mittels erneuerbarer Energien beteiligen;
- sind uns bewusst, dass das Erreichen des ambitionierten Ziels einer 100% Erneuerbare Energie Region in den nächsten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel erfordert;
- wissen um die Chancen, die sich durch die regionale Wertschöpfung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Bergischen Land durch eine Energiewende ergeben werden – insbesondere wenn der Region ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen von städtischem und ländlichem Raum gelingt;
- werden uns im Rahmen unserer politischen Gestaltungsmöglichkeiten dafür einsetzen, dass weitere Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft eine möglichst schnelle und effiziente Umgestaltung des Energiesystems im Bergischen Land vorantreiben;
- treten für eine kontinuierliche Weiterentwicklung rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein, die eine regionale Energiewende fördern, die Klimaschutzbestrebungen der Städte und Kommunen unterstützen und den fairen Wettbewerb um die jeweils beste Lösung fördern;
- setzen uns dafür ein, durch vorbildhafte Lösungen und Wissenstransfer andere Regionen und Länder in ihren Bestrebungen zu unterstützen, ihre Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umzustellen;
- sind uns bewusst, dass der lange Weg zum Erreichen des Ziels 100% Erneuerbare Energie einer stetigen Überprüfung bedarf, um diesen Prozess aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Innovationen anzupassen.

Wir laden die Räte und Kreistage der Region dazu ein, sich dieser Bergischen Erklärung „Hundertprozentig erneuerbar – Gemeinsam die Bergische Energiewende gestalten“ anzuschließen.

Erstunterzeichner/innen am 02. November 2012:

Dr. Roland Adelman, MdL (Oberbergischer Kreis), Dietmar Bell, MdL (Wuppertal), Peter Beyer, MdB (Mettmann), Andreas Bialas, MdL (Wuppertal), Kerstin Griese (MdB (Mettmann), Helene Hammelrath, MdL (Rheinisch-Bergischer Kreis), Jürgen Hardt, MdB (Wuppertal), Elisabeth Müller-Witt, MdL (Mettmann), Volker Münchow, MdL (Mettmann), Josef Neumann, MdL (Solingen/Wuppertal), Hermann Ott, MdB (Wuppertal), Iris Preuß-Buchholz, MdL (Solingen), Jutta Velte, MdL (Remscheid), Sven Wolf, MdL (Remscheid), Manfred Zöllmer, MdB (Wuppertal)



AKTIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

■ WUPPERTAL HAT KEINEN PLATZ FÜR RASSISTISCHE UND MENSCHENVERACHTENDE IDEOLOGIEN!



Foto: Mathias Kehren

Wirklich unerwartet war die Reaktion der rechtsextremen Partei Pro-NRW nicht. Als auch nur die ersten vagen Ideen die Runde machten, dass man eine neue Moschee in Wuppertal-Elberfeld bauen wolle, um die alte eher wenig repräsentative Moschee durch ein angemessenes Gotteshaus zu ersetzen, rief dies die islamophoben Hetzer auf den Plan.

Pro-NRW versteckt sich hinter der selbstgewählten Bezeichnung Bürgerbewegung. Aber schon ein Blick auf die handelnden Personen zeigt deutlich, dass es hier eben nicht um eine Bürgerbewegung geht, sondern um eine Partei, die ein Sammelbecken von in anderen rechtsextremen Parteien Gescheiterten oder Enttäuschten ist, die nun auf diesem Weg versuchen,

ihre rassistische und verfassungsfeindliche Hetze unter die Leute zu bringen. Pro-NRW meldete eine Demonstration an und der Pro-NRW-Kreisverband Wuppertal, der von der – früher für die NPD werbende – Claudia Gerhardt geführt wird, rief zur großen Demo gegen den Moscheebau auf. Ausgerechnet am höchsten Feiertagswochenende der Musliminnen und

Muslimen, also an dem Wochenende, an dem der Fastenmonat endet, fand nun diese Demonstration statt. Leider hielten die zuständigen Genehmigungsbehörden diesen Termin nicht für angemessen.

Am 23.10.2012 beschloss der Integrationsausschuss auf GRÜNE Initiative einstimmig eine Resolution: „Die Demonstration von Pro-NRW ist extremistisch, intolerant und gefährdet die Religionsfreiheit.“

Am 27. Oktober versammelten sich nun wenig mehr als 100 Menschen, die aus ganz NRW, aus Berlin und sogar aus Österreich in Reisebussen herangekarrt wurden, in Wuppertal. Sie wurden von ca. 1000 Polizisten geschützt, welche die mehr als 1000 Gegendemonstranten fernhielten und so sicherstellten, dass Pro-NRW in der Wiesenstraße ihre Abschlusskundgebung durchführen konnte. Hier sprachen u.a. ehemalige DVU- und Republikaner-Funktionäre, die gerne auch mal mehrere Vorstrafen vorweisen können. Um ein Zeichen gegen den Rechtsextremismus in jeder Form und für ein harmonisches Miteinander aller Kulturen zu setzen, fand am gleichen Tag ein multikulturelles Fest in Elberfeld statt. Der ganze Protest gegen die

Pro-NRW-Demonstration verlief bunt, friedlich und wurde von einem breiten Bündnis aus der Wuppertaler Bevölkerung getragen. Die WuppertalerInnen machten deutlich, dass für Rassismus und verfassungsfeindliche Hetze kein Platz in unserer Stadt ist.

Wuppertal ist bunt. Hier leben Menschen mit sehr vielen verschiedenen religiösen und nichtreligiösen Weltanschauungen. Sie alle gehören zu Wuppertal und alle zusammen sind Wuppertal. Natürlich gilt dies auch für alle Musliminnen und Muslime in unserer Stadt und natürlich dürfen diese im Rahmen unserer Gesetze auch eigene Gotteshäuser und Begegnungsstätten bauen.

Der Neubau einer Moschee an der Gathe in Wuppertal-Elberfeld befindet sich noch in einer sehr frühen Planungsphase und die GRÜNEN setzen sich für einen friedlichen und offenen Dialog zwischen den vielleicht widerstreitenden Interessen ein, um es den gläubigen Musliminnen und Muslimen zu ermöglichen, in einem repräsentativen Gotteshaus ihren Glauben zu leben und zugleich anderen gesellschaftlichen Gruppen zu ihrem Recht zu verhelfen, ihren Lebensstil zu pflegen.

BETREUUNG FÜR UNTER DREIJÄHRIGE

Nimmt der Ausbau Fahrt auf?

In der Sitzung vom 06.09.12 hat der Jugendhilfeausschuss ein konkretes Programm zur Steigerung der Zahl der sogenannten U3-Betreuungsplätze auf den Weg gebracht. Dieses sieht nach einer bezirksgenauen Analyse der – noch in den meisten Fällen – Unterversorgung mit Betreuungsplätzen unter anderem Umbauten oder Anbauten für die Einrichtungen Carl-Schurz-Str. 21, Höhe 61, Peter-Beier-Str. 2, Edith-Stein-Str. 65 und Distelbeck 57 vor. Die ehemalige Hauptschule Rödiger Str. 127 soll zu einer Kindertageseinrichtung mit vier Gruppen umgebaut werden.

Bis diese KiTa ihren Betrieb aufnehmen wird, wird es im Stadtbezirk Rott eine Übergangslösung für mehr

Betreuungsplätze geben. Die Verwaltung ist hier mit entsprechenden KiTa-Trägern in Verhandlung. Ergänzend zu diesen und weiteren geplanten Um- oder Anbauten sollen weitere Betreuungsplätze insbesondere in Stadtbezirken mit hohem Bedarf in einem noch festzulegendem Bieterverfahren durch den Verkauf von geeigneten städtischen Grundstücken erfolgen.

Diese Grundstücke sollen dann durch Investoren erworben, eine Kindertagesstätte errichtet werden und nach festgelegten Rahmenbedingungen an anerkannte Träger der Jugendhilfe zur Betreibung einer KiTa vermietet werden. Wir werden als GRÜNE Ratsfraktion diesen Prozess weiterhin „eng begleiten“, denn schon jetzt steht fest, dass Wuppertal die rechtliche Ver-

pflichtung „jedem Kind einen Betreuungsplatz“ zum 01.08.2013 anzubieten, nicht einhalten wird.

Bemerkenswert ist, dass nach einer Untersuchung zum Kinderförderungsgesetz bundesweit rund 70 Prozent der Eltern einen Betreuungsumfang von bis zu 25 Stunden wünschen, in NRW aber nur 7 Prozent der Plätze für diesen Betreuungsumfang angemeldet wurden. Umgekehrt wünschen bundesweit nur 8 Prozent der Eltern einen Betreuungsumfang von mehr als 35 Stunden, in NRW wurde bei 58 Prozent der Plätze ein Betreuungsumfang von mehr als 35 Stunden angemeldet. Es ist also zu vermuten, dass der tatsächliche Betreuungsbedarf auch in Wuppertal noch einmal höher als von der Verwaltung angesetzt sein wird.



Foto: Mathias Kehren

GASTKOMMENTAR: ZENTRUM INTEGRATION, BILDUNG UND KULTURELLE VIELFALT

■ – EIN WEITERER SCHRITT ZUR INTERKULTURELLEN STADTGESELLSCHAFT IN WUPPERTAL

Von Jürgen Lemmer, Leiter des städtischen Ressorts Zuwanderung und Integration

Es ist jetzt knapp zehn Monate her, dass der Landtag NRW einstimmig (!) das „Integrations- und Teilhabegesetz NRW“ beschlossen hat. Damit zeigt der Landtag, dass ein so wesentliches gesellschaftliches Thema wie die Integration abseits des politischen Streits weiterentwickelt werden kann. NRW ist das erste Flächenland, das ein eigenes Integrationsgesetz schafft und dies ist angemessen und notwendig. Das Gesetz gibt der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung eine rechtliche Basis, es sichert Integrationsangebote der freien Träger und es regelt die Aufnahme unterschiedlicher Zuwanderungsgruppen.



Foto: Mathias Kehren

Daneben werden in diesem Artikelgesetz zahlreiche Landesgesetze vom Landesschulgesetz bis zum Landeshebammengesetz geändert.

Damit schafft der Landtag eine solide und wegweisende gesetzliche Grundlage für die weitere Integrationsarbeit. Mit diesem Gesetz anerkennt der Landtag die besondere Bedeutung der Kommunen im Aufgabenfeld der Integration. Er gibt den Städten mit der Möglichkeit der Errichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ eine deutliche Unterstützung in deren Integrationsansätzen.

Und was heißt das für Wuppertal?

Schon 2001 griff der Rat der Stadt einstimmig die Integrationsoffensive des Landes auf und führte schrittweise alle Integrationsangebote der Verwaltung

im Ressort Zuwanderung und Integration zusammen. Er folgte damit der Tradition des Einvernehmens in integrationspolitischen Fragen in Wuppertal und schuf mit diesem Ressort eine Basis für eine bundesweit beachtete Integrationsarbeit.

Diese Arbeit soll mit der Einrichtung des „Zentrums Integration, Bildung und kulturelle Vielfalt“ im Ressort Zuwanderung und Integration intensiviert und weiterentwickelt werden!

In diesem Zentrum finden Regelangebote wie die schulische Seiteneinsteigerberatung für zuwandernde Kinder und die Integrationsberatung ihren Platz.

Es werden pädagogische Fachkräfte beraten und Zuwanderer/innen werden in Fragen der Sprache und der Anerkennung der beruflichen

Abschlüsse beraten. Projekte mit den Migrantenorganisationen haben hier genauso ihre Heimat wie das Projekt „Ein QKM Bildung“ oder Projekte gegen rechts ...

Besonders stehen die Themen Bildung und die interkulturelle Öffnung aller Angebote in Wuppertal im Fokus. Damit knüpfen wir an der erfolgreichen Arbeit der RAA und des Ressorts Zuwanderung und Integration an.

Es ist sicherlich auch ein Verdienst des Landes, wenn durch die Abordnung von Lehrkräften und einem deutlich erhöhten Sachkostenzuschuss von 170.000 Euro jährlich dieses neue Angebot auf Nachhaltigkeit angelegt ist und damit ein echter Schritt in die Verbesserung der Integrationsangebote in Wuppertal getan werden kann.



Das Kickerduell GRÜNE Josefine Paul (MdL) und Raimond Klitsch (links) gegen das Wuppertaler Fanprojekt (Jens Rüttgers und Nico Kleinert) gewannen letztere.

GRÜNE VOR ORT

SportpolitikerInnen suchen Lösungen für die Weiterführung des Fanprojektes Wuppertal

Die GRÜNEN besuchten Anfang Oktober das Fanprojekt Wuppertal, das sich als Projekt der Kinder- und Jugendhilfe sieht und auf der Grundlage des Nationalen Konzepts für Sport und Sicherheit arbeitet. Da die Mitglieder des Wuppertaler Sportausschusses, Gabriele Mahnert und Raimond Klitsch, schon zum zweiten Male vor Ort waren, wussten Sie um die finanziellen Nöte des Fanprojektes Wuppertal. Deshalb baten sie AkteurInnen von Land und Kommune im „Fanhaus 1954“ an einen Tisch, um eine Lösung für die Weiterführung des Fanprojektes zu finden.

Das Team des Fanprojektes Wuppertal setzt sich außerordentlich engagiert für die Belange der jugendlichen Fußballfans ein und leistet so einen wichtigen sozialen Beitrag für die Stadt Wuppertal. Das Fanprojekt Wuppertal arbeitet unabhängig vom WSV und trägt sich allein durch eine Drittfiananzierung des Landes NRW, der Stadt Wuppertal und des DFB sowie durch Spenden, die gerne gesehen werden, aber auch bitter nötig sind, um die Finanzierung jedes Jahr aufs neue zu stemmen.

Josefine Paul (MdL), Sportpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtags-

fraktion, stellte in Aussicht, dass das Land NRW voraussichtlich alle Fanprojekte mit der Höchstförderersumme von 60.000 Euro ausstatten wird. Der DFB entscheidet erst im Dezember über die Förderungen der bundesweiten Fanprojekte. Maßgebend für die Förderungen von Land und DFB ist aber, dass der kommunale Anteil in Höhe von 20.000 Euro aufgebracht wird. Hierzu konnte Britta Jobst (Fachbereichsleiterin Jugend & Freizeit) und Dieter Verst (Jugendamtsleiter) keine Zusage geben, versprochen aber, nach Lösungen zu suchen.

„Eine wichtige Hauptaufgabe des Fanprojektes Wuppertal ist die Sozialarbeit im Alltag mit den jugendlichen Fußballfans sowie die Verhinderung bzw. Reduzierung von Gewalt und extremistischen Orientierungen. Freizeitangebote, Fanabende mit den Spielern des WSV und die Begleitung der Fans bei Heim- und Auswärtsspielen ergänzen die wöchentlichen Angebote des „Fanhauses 1954“, dass an drei Tagen die Woche geöffnet hat. Aktuell kommen in der Woche ca. 80 - 150 Jugendliche und nutzen die Angebote“, erläutert die Leiterin des Fanprojektes, Sabine Thrien von der GESA.

Mehr über das Fanprojekt Wuppertal erfahren Sie auf folgender Website: <http://www.fanprojekt-wuppertal.de/>

SPIELHALLEN UND WETTBÜROS

■ ANSIEDELUNG KANN NUN EINGESCHRÄNKT WERDEN

Die knallig beleuchteten Schilder und die mit Folie abgeklebten Schaufenster mit Sportmotiven sind zurück: In den vergangenen zwei Jahren hat die Zahl der Sportwettbüros wieder deutlich zugenommen.

Ursache für den neuen Boom ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom September 2010. Das Gericht urteilte, dass der Staat sich bei der Nichtgenehmigung von Wettbüros nicht auf sein Glücksspielmonopol zurückziehen könne. Der Staat veranstalte schließlich selbst Sportwetten (Oddset) und handhabe das Thema Spielautomaten relativ liberal.

Die rechtliche Lage insgesamt ist verworren. Strafrechtliche Ermittlungen gegen Wettbüro-Betreiber blieben vor Jahren ohne Ergebnis. Und auch zur Genehmigung herrscht momentan Unsicherheit.

„Es ist ein Hase-und-Igel-Lauf“

Oft erhielt ein Betreiber die Schließungsverfügung von der Stadt, klagte dagegen, übergab den Laden dann einem anderen Betreiber und schon lief die bisherige Anordnung ins Leere. Bei einigen Lokalen ging dieses Spiel offenbar über mehrere Runden. Es ist ein Hase-und-Igel-Lauf! Unerwünscht sind Wettbüros seit Jahren. Die Befürchtung: eine Häufung derartiger Geschäfte könne städtebaulich ganze Quartiere abwerten. Wir meinen: Das Thema gehört geregelt. Wir können diesen Zustand nicht dulden, zumal wir auch mit Spielhallen Probleme haben.

Auch die Spielhallen machen Probleme

Deren Zahl ist in Wuppertal von 30 im Jahr 2000 auf 98 (Stand April 2011) gestiegen. Dort stehen mehr als 1000 Geldspielautomaten. Am stärksten sind die Innenstädte von Elberfeld und Barmen betroffen (42 Spielhallen). Aber auch in Oberbarmen und Ronsdorf kommen laufend Bauvoranfra-

gen. Die Stadt ändert regelmäßig ihren Bebauungsplan, um die Neuansiedlung zu verhindern.

Schon im letzten Jahr hatten die GRÜNEN nach den Folgen von Spielsucht gefragt, die Verwaltung antwortete u.a., dass in Wuppertal bis zu 3.500 Menschen spielsüchtig sind und jährlich 18 Mio. Euro verspielt werden.

Sehr häufig sind es negative Auswirkungen, wie der Qualitäts- und Niveauverlust von Geschäftslagen, die Verdrängung des traditionellen Einzelhandels und Leerstände, welche die Ansiedlung weitere Vergnügungstätten nach sich ziehen. Diesen „Trading-Down-Effekt“ mit der Verelendung ganzer Straßenzüge müssen wir verhindern.

Am 2. Juli 2012 beschloss der Rat der Stadt einstimmig ein Konzept zur städtebaulichen Steuerung von Spielhallen und Wettbüros. Verstärkt wird das Konzept durch den am 1.12.2012 in Kraft tretenden Glücksspieländerungsstaatsvertrag NRW, beschlossen von der rot-grünen Landesregierung. Nun müssen mindestens 350 Meter Luftlinie Abstand sowohl zu einer weiteren Spielhalle als auch zu Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eingehalten werden.

Die Änderung gilt allerdings nur für neue Spielhallen. Bestehende genießen Bestandsschutz.

Gut, dass die Ansiedlung von Spielhallen nun sensibel erfolgen muss und eingeschränkt werden kann.



Foto: Jörg Lange

QUO VADIS, SCHAUSPIEL?

■ ZUKUNFT DER WUPPERTALER BÜHNEN

Auch nach der Diskussion im Rat der Stadt Wuppertal bleibt die Ratsfraktion der GRÜNEN bei ihrer Meinung, dass der Abwärtsstrudel für das Schauspiel bei den Wuppertaler Bühnen weitergeht.

Von der CDU-Fraktion wurde während der Ratssitzung am 12.11.2012 sehr stark der Schauspielintendant Christian von Treskow kritisiert, der nur noch vier Stücke in der Spielzeit 2013/2014 aufführen wird. Spricht man aber mit Fachleuten, die die Finanzstrukturen der Bühnen überblicken, stellt man sehr schnell fest, dass überhaupt keine Mittel vorhanden sind, um ein Mehr zu finanzieren. Die Kritik sollte sich also nicht an den Intendanten, sondern an die Politik richten, die die finanziellen Rahmenbedingungen setzt. Das zur Seriosität der Kulturpolitik der CDU. Seit Jahren wird der Schwerpunkt der Förderung auf Oper und Orchester zum Nachteil des Schauspiels gesetzt. Das ist die Kulturpolitik des Aufsichtsratsvorsitzenden und Oberbürgermeisters Peter Jung. Unterstützung erhält er für diese Position durch die Große Kooperation aus CDU und SPD, die

sieben feste Schauspielerinnen und Schauspieler plus die Mittel für die Beschäftigung von drei freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ausreichend hält.

Das Konzept der Verwaltung zur Zukunft der Wuppertaler Bühnen wird in der Verwaltungsvorlage VO/0709/12 verdeutlicht. Hier wird von einer Neuaufstellung der Schauspielsparte gesprochen. Doch die Inhalte des Konzeptes wurden weder im Kulturausschuss noch im Aufsichtsrat der Wuppertaler Bühnen je diskutiert. Die GRÜNE Fraktion unkt, dass einige der Passagen glatt im Finanzressort geschrieben worden sein könnten, denn dort wird von einer finanziell wünschenswerten, aber real nicht zu erreichenden durchschnittlichen Auslastung von 120 BesucherInnen ausgegangen. Wie das zum unzweifelhaft bildungspolitischen Auftrag, den ein Theater hat, passen soll, geht aus der Drucksache nicht hervor. In der Vorlage wird weiterhin vom Austausch von Produktionen mit Theatern in Wuppertal und Umgebung gesprochen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat die Befürchtung, dass wir somit in Zukunft ein

Boulevardtheater in Wuppertal haben werden, das nur auf Zuschauerzahlen als Messgröße orientiert ist. Immer wieder stellen die GRÜNEN im Kulturausschuss die Frage nach der Zukunft des Schauspielhauses, sie bleibt nach wie vor unbeantwortet.

Die einzige Sicherheit, die die Schauspielsparte hat, ist die Zusage der Freunde der Bühnen, die ein kleines Haus mit 160 Zuschauerplätzen auf dem Gelände des Historischen Zentrums zu Verfügung stellen wollen. Deren Vorsitzendem Herrn Völker und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern möchten wir an dieser Stelle einen herzlichen Dank für seinen nimmermüden Kampf für das Theater in Wuppertal aussprechen. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich auch in Zukunft weiterhin für eine starke Schauspielsparte innerhalb der Wuppertaler Bühnen stark machen.





Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per Email erhalten möchten, bitte eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.





Foto: Jörg Lange



Mit DIR wird's was:
ANZEIGE
Jetzt Mitglied werden!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811

DEMNÄCHST IM INTERNET

■ LIVESTREAM VON DEN RATSSITZUNGEN

„Gesetze sind wie Würste: man sollte besser nicht dabei sein, wenn sie gemacht werden“ (Otto von Bismarck)

Die Diskussion im Rat der Stadt erfolgte bislang zwar nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, da im Ratssaal selbst einige Plätze für BesucherInnen zur Verfügung stehen. Gleichwohl ist es für Interessierte bisher nicht einfach gewesen, politische Debatten nachzuvollziehen, da es keine unbegrenzte Platzkapazität gibt und darüber hinaus seit Jahren bereits keine Stenoprotokolle mehr gibt, in denen die Redebeiträge verschriftlicht werden. Um den Verlauf von politischen Diskussionen und Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger besser nachvollziehbar zu machen, stellt das Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Linkspartei schon für die Ratssitzung im September einen

gemeinsamen Antrag, der eine Live-Übertragung der Sitzungen ins Internet forderte, so wie es z. B. auch schon in Bonn erfolgreich umgesetzt wird.

Umso erfreulicher, dass es tatsächlich und überraschend gelungen ist, die Rathausmehrheit aus CDU und SPD ebenfalls für diese Idee begeistern zu können. Auch wenn sie nicht die Größe besaßen, dem bereits seit Monaten bekannten Antrag der Opposition zuzustimmen, sondern aus taktischer Erwägung am Tag der entscheidenden Sitzung einen eigenen Antrag vorlegten, der dann mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, war die Initiative von GRÜNEN, FDP und LINKEN damit doch erfolgreich. Zukünftig können also alle WuppertalerInnen die Sitzungen des Rates direkt im Internet verfolgen und sich selbst ein Bild machen. Insbesondere die vergangene

Ratssitzung und der Verlauf der Debatten zum Schauspielhaus und zum Thema Maßregelvollzug haben gezeigt, dass eine breitere Öffentlichkeit dem Klima durchaus gut tun könnte. So mancher Debattenbeitrag hätte im Bewusstsein, dass er über den Ratssaal hinaus wahrgenommen werden würde, sicherlich nicht Eingang in die Debatte gefunden und hätte damit der Qualität der politischen Auseinandersetzung gut getan. Insofern ist der nun gefasste Beschluss eine gute Nachricht für die Wuppertaler Öffentlichkeit.

Übrigens: neben dem künftigen Livestream gibt es auch noch die Möglichkeit, Tweets von Stadtverordneten quer durch alle Fraktionen auf Twitter zu folgen. Diese kommentieren den Rat am Sitzungstag unter dem Hashtag #talrat.

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT MBH

Geldsegen mit fadem Beigeschmack

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) erhält von der Stadt und der Stadtparkasse eine Finanzspritze zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalquote. Die Stadt wird demnach 40 Millionen Euro, die Sparkasse 2,1 Millionen Euro beisteuern. Die Stadt leiht der GWG außerdem 20 Millionen Euro zum Zinssatz von 2 Prozent.

Woher kommt das viele Geld?

Die Stadt Wuppertal hat schon im Mai 2012 aus dem Cross-Border-Leasing (CBL), bei dem das Wuppertaler Kanalnetz an US-Investoren verkauft und zurückgemietet wurde, über 60 Millionen Euro von dem Versicherungsmulti AIG mit Sitz in New York

erhalten. Insgesamt soll die Stadt mit einem Plus von 11 Mio. Euro aus dem Cross-Border-Leasing-Geschäft gegangenen sein. Das Geschäft wurde bereits Ende März 2009 beendet.

Wer meint, die 60 Mio. Euro von AIG seien der Gewinn der Stadt aus dem CBL-Geschäft, der irrt: In den Büchern der Stadt steht noch ein 70,5 Millionen US-Dollar-Kredit, der 2009 aufgenommen worden war, um die US-Bank Wachovia auszuzahlen.

Es wird noch Jahre dauern, bis die GWG wieder eine schwarze Null in der Gewinn- und Verlustrechnung erreichen wird. Die städtische Finanzhilfe soll die Erhöhung der Eigenkapitalquote bewirken: von 2,5 Prozent auf 13,8 Prozent. Das ist wichtig, um von

Banken Kredite zu günstigeren Zinssätzen zu bekommen. Zurzeit beträgt der durchschnittliche Zinssatz der GWG 4,12%, während die Stadt Kommunalkredite für unter 1% bekommt.

Altlasten aus den 1990er Jahren

Die GWG kämpft mit Altlasten aus den 1990er Jahren (z.B. die Seniorenwohnanlagen Springer Bach und an der Hardt) und hat sich seit 2011 von 25 Prozent der Beschäftigten getrennt sowie die Abteilung Planen und Bauen ersatzlos gestrichen. Über 300 Millionen Euro Schulden haben sich angehäuft, für 100 Millionen Euro haftet die Stadt. Auch 2012 wird ein Verlust von mehreren Mio. Euro entstehen. 85 MitarbeiterInnen verwalten rund 6000

Wohnungen. Es wird in Zukunft weniger Verkäufe als in der Vergangenheit geben.

Zustimmung mangels Alternative

Wir GRÜNE haben dem Konzept zur Sanierung der GWG zugestimmt; nicht mit Begeisterung, sondern weil es keine Alternative gibt. Ein Zusammenbruch der GWG hätte für den Wuppertaler Wohnungsmarkt dramatische Folgen.

Sehr kritisch sehen wir das Vorgehen von Dr. Slawig bei der Auflösung des riskanten Cross-Border-Leasing-Geschäftes. Warum stimmte er zu, dass das AIG-Depot aufgelöst wird, obwohl es im Jahr eine Rendite von 5,6 Prozent abwirft? Warum kann das in

Wuppertal ohne jede politische Legitimation vom Kämmerer allein entschieden werden? Vermutlich hatte er keine Wahl, um das Geld zur Rettung der GWG zu beschaffen. Nach Jahrzehnten der Misswirtschaft kostet die Rettung der GWG die Wuppertaler nun einen zweistelligen Millionenbetrag, denn wäre das AIG-Depot weiter erhalten geblieben, wäre sein Wert gestiegen.

Die Rechnung ist einfach: Die Stadt bezahlt ein Prozent Zinsen auf ihre Kredite, erhält von der AIG aber 5,6 Prozent. Die Differenz von 4,6 Prozent wäre ihr jährlicher Gewinn (ca. 3,3 Mio. Euro) gewesen. Aber Dr. Slawig brauchte das Kapital ja dringend für die GWG!

RATSSCHRONIK NOVEMBER 2012

Wahl einer Bürgermeisterin / eines Bürgermeisters

Die GRÜNEN haben als größte Oppositionsfraktion in der Ratssitzung am 12.11.2012 eine eigene Kandidatin für das Amt der 1. Bürgermeisterin aufgestellt. Dass Ilona Schäfers Kompetenz und politische Erfahrung weit über die GRÜNEN Grenzen hinaus geschätzt wird, zeigte das Ergebnis: im ersten Wahlgang wählten sie 28 der 69 anwesenden Stadtverordneten, CDU-Kandidat Jan-Philipp Kühme bekam lediglich 27 Stimmen. Im entscheidenden zweiten Wahlgang unterlag sie mit 29 Stimmen nur knapp dem „Herausforderer“, der mit vier Stimmen mehr gewählt wurde. Bei dem Ergebnis liegt die Vermutung nahe, dass auch einige CDU-Stadtverordnete ihrem eigenen Kandidaten die Stimme verweigert haben. Er bekam 9 Stimmen weniger, als die große Koalition Stadtverordnete hat. Der fraktionsinterne Streit der CDU scheint noch lange nicht ausgestanden.

Einrichtung einer forensischen Klinik

Die Pläne der Landesregierung, in Wuppertal eine forensische Klinik zu errichten, bewegen viele WuppertalerInnen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat bereits am 09.11.2012 eine Stellungnahme zu dem Thema veröffentlicht, die Sie auf unserer Homepage unter www.gruene-wuppertal.de lesen können. Im Rat haben wir gegen die

Resolution von CDU, SPD und FDP gestimmt, weil sie sich ausschließlich gegen einen Standort auf Lichtscheid richtete, nicht aber gegen die Kleine Höhe. Ein Ergänzungsantrag, die Kleine Höhe in die Resolution aufzunehmen, wurde von CDU und SPD abgelehnt.

Livestream-Übertragung der Ratssitzungen im Internet

Auf Initiative der GRÜNEN haben alle Oppositionsfaktionen bereits im September einen Antrag auf Livestream-Übertragungen der Ratssitzungen gestellt. Am Tag der Ratssitzung entschieden sich CDU und SPD ganz spontan, ebenfalls einen Antrag zu stellen. Das Engagement freut die GRÜNEN, wir finden es nur schade, dass schwarz-rot kein Entgegenkommen für einen gemeinsamen Antrag an den Tag gelegt hat. Wir haben dem Antrag trotzdem zugestimmt, weil es hier nicht um Eitelkeit geht, sondern um einen großen inhaltlichen Erfolg, auch wenn der CDU/SPD-Antrag abgestimmt wurde. Zukünftig kann sich jede Wuppertalerin und jeder Wuppertaler im Netz ein eigenes Bild von den Ratssitzungen machen, vielleicht lernen einige Stadtverordnete ja dann, sich zu benehmen.

Zukunft des Wuppertaler Schauspiels

Der Wuppertaler Stadtrat beschloss zum einen, die Wuppertaler Bühnen



Foto: Jörg Lange

mit dem Sinfonieorchester zu fusionieren, zum anderen die Umsetzung der bereits beschlossenen jährlichen Kürzung des Budgets für die "Bühnen und Orchester" GmbH in Höhe von 600.000 Euro in 2013, 1,2 Mio. Euro in 2014 und von 2 Mio. Euro ab 2015. Obwohl die Theaterfreunde den Wuppertaler Bühnen jährlich 1,2 Mio Euro zuschießen wollen, werden die Kürzungen hauptsächlich die Schauspielsparte treffen. Die GRÜNEN haben sich vehement gegen die Kürzung ausgesprochen, weil die Bühnen einen weiteren finanziellen Aderlass nicht verkraften können, ohne dass die Substanz völlig aufgezehrt wird.

Armin Rohde, gebürtiger Wuppertaler und Schauspieler, äußerte sich im Köl-

ner Stadtanzeiger vom 07.11.2012 ähnlich: „Vor zwei Jahren war ich bei der großen Demo für den Erhalt des Theaters. Wuppertal ist eine Stadt, die hat jetzt nicht so irre viele Attraktionen. Es gibt die Schwebebahn. Okay. Damit kann man den einen oder anderen Touristen anlocken. Doch um den Lebenswert in dieser Stadt zu erhalten, braucht es das Theater. Den Stadtvätern ist gar nicht klar, was sie da wegkürzen. Das ist eine solche Kurzsichtigkeit, so dummbrotzig und verpopelt gedacht, dass mir schlecht davon wird. Ich verstehe ja, dass die Stadt kein Geld hat. Aber dafür die Kultur runterzufahren und damit einen ganz wichtigen Pulsschlag der Stadt lahmzulegen – warum sollte denn dann noch jemand

nach Wuppertal ziehen? Da kann man ja noch nicht mal ins Theater gehen.“

Finanzspritze für die GWG

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal mbH (GWG) ist aus Sicht der GRÜNEN unverzichtbar für Wuppertal, sie erfüllt eine wichtige sozialpolitische Funktion auf dem Wuppertaler Wohnungsmarkt. Die Überweisung von 60 Mio. Euro als Finanzspritze halten wir jedoch, da der Rat im Vorfeld nicht ausreichend informiert wurde, für problematisch.

Verkaufsoffene Sonntage in Wuppertal

Eine lange Tradition hat die GRÜNE Ablehnung der verkaufsoffenen Sonntage. Die Ladenöffnungszeiten sind im Laufe der Jahre immer weiter ausgedehnt worden, verkaufsoffene Sonntage sind aus Sicht der GRÜNEN völlig überflüssig. Da stehen wir solidarisch auf der Seite der Angestellten im Einzelhandel und der Kirchen. Nur einige Gewerkschaften haben sich damit arrangiert.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltene Reden, Newsletter und ältere Ausgaben der Fraktionszeitung können Sie unter www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles lesen.